

Änderungsantrag zu XPersonenstandsregister

Zeichen 5/2013
Status erledigt
Umsetzung Version 1.8
Priorität 1



Koordinierungsstelle
für IT-Standards

Aussonderungsschnittstelle

Problemstellung

Lösung

Antragsdetails

Antragsteller: Verlag für Standesamtswesen

Erfasst am: 15.06.2011

Bezug:

Analyse des Änderungsantrags

Um die Übergabe der Registereinträge nach Ablauf der Fortführungsfristen an die Archive interoperabel zu gestalten, sollte die Aussonderung ebenfalls in XPSR standardisiert werden.

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Dieser Antrag bündelt eine Liste von Einzelanforderungen, in denen die Aspekte der Übergabe der Daten aus den Registern an ein Archiv und der Langzeitarchivierung beschrieben werden. Die Einzelanforderungen wurden den Quellen entnommen und auf die wesentlichen Aspekte zusammengefasst. Einzelanforderungen können ergänzt, angepasst oder gestrichen werden.

Datenformate

Hauptziele der Langzeitarchivierung sind die unbefristete Sicherstellung der Lesbarkeit und Interpretierbarkeit sowie die Authentizität und Integrität der Daten. Daraus resultieren die folgenden Festlegungen:

- Über die Aussonderungsschnittstelle ausgesonderte Primärdaten dürfen nur unverschlüsselte, unsignierte und unkodierte Informationen enthalten.
- Die Aussonderungsschnittstelle sollte keine komplizierten und verschachtelte Formate oder proprietären Formate verwenden.
- Es wird XML als verbindliches Datenformat und zusätzlich valides PDF/A 1b verwendet.
- XML Dateien, die über die Aussonderungsschnittstelle übertragen werden, müssen wohlgeformt, valide und mit Schemadatei übertragen werden.
- Die Validität der PDF/A Dokumente muss mit einem anerkannten Validierungstool durch das Registerverfahren überprüft werden.

Aussonderungsportion

Die Daten sollten über die Schnittstelle in Aussonderungsportionen übertragen werden. Die folgenden Anforderungen beschreiben eine Aussonderungsportion:

- Eine Aussonderungsportion besteht aus allen Personenstandsfällen einer Registerart und eines Registerjahrgangs.
- Eine Aussonderungsportion sollte das XML-Schema basierend auf der Registerschnittstelle zu den XML Dokumenten beinhalten.
- Eine Aussonderungsportion sollte ein oder mehrere PDF/A Dokumente beinhalten können.
- PDF-Dateien in der Aussonderungsportion sollten nach einem eindeutigen Namensmuster benannt werden.
- Das XML-Dokument in einer Aussonderungsportion sollte auf die PDF/A Dokumente der Aussonderungsportion verweisen.

Meta-Daten und Dateninhalte

Zur Beschreibung der Aussonderungsportion und deren Inhalt sind Meta-Daten notwendig. Im Folgenden werden die grundsätzlichen Anforderungen an die Meta-Daten beschrieben, Detaildaten müssen im Zuge der Abstimmung erarbeitet werden.

- Die Aussonderungsportion muss administrative Meta-Daten beinhalten.
- Die administrativen Meta-Daten einer Aussonderungsportion werden von der registerführenden Stelle erstellt.
- Die Meta-Daten beinhalten Informationen über die Quelle der Aussonderungsportion (z.B. Standesamt, Registerart und -typ, Jahrgang, zuständige Archive).

- In den XML Dokumenten sollten Abkürzungen im Zuge der Aussonderung aufgelöst werden.
- In den XML Dokumenten sollten kodierte Informationen im Zuge der Aussonderung aufgelöst werden.
- Das Auflösen von Abkürzungen oder kodierten Informationen muss in den administrativen Meta-Daten der Aussonderungsportion festgehalten werden.
- Qualifizierte elektronische Signaturen müssen bei der Erstellung einer Aussonderungsportion aufgelöst werden
- Das Ereignis der Auflösung der qualifizierten elektronischen Signatur muss in den administrativen Meta-Daten der Aussonderungsportion protokolliert werden.
- Bei der Auflösung der qualifizierten elektronischen Signatur muss der Klartextname des Signierenden in den betreffenden Beurkundungen festgehalten werden.
- Bei der Auflösung der qualifizierten elektronischen Signatur muss das Datum der Signatur in den betreffenden Beurkundungen festgehalten werden.
- Das für die PDF Validierung verwendete Validierungstool muss in den administrativen Meta-Daten festgehalten werden.
- Das Validierungsdatum muss in den administrativen Meta-Daten festgehalten werden.
- Das positive Validierungsergebnis muss in den administrativen Meta-Daten festgehalten werden.

Organisatorisches

Die Schnittstelle muss organisatorische Aspekte der Übergabe der Daten aus den Registern an das Archiv regeln. Die folgenden Anforderungen müssen bzw. sollten erfüllt werden:

- Das Übergabeverfahren muss die Integrität der Unterlagen gewährleisten können.
- Die Übermittlung der Daten muss systemseitig nicht unterstützt werden.
- Die registerführende Stelle bestätigt durch einen Beglaubigungsvermerk, dass die Unterlagen unbeschadet an das zuständige Archiv übergeben werden.
- Die registerführende Stelle bestätigt durch einen Beglaubigungsvermerk, dass alle qualifizierten elektronischen Signaturen bis zur Übergabe an das Archiv gültig waren.
- Um die Daten in den Registern löschen zu dürfen, sind in der Regel zwei Bestätigungen notwendig, die die Archive, die für die Übernahme der Daten aus dem Register und aus dem Sicherungsregister zuständig sind, erteilen.
- Die Löschung muss bzw. sollte (je nach landesrechtlichen Vorgaben) in beiden Registern gleichzeitig erfolgen.
- Die Löschung muss rückstandslos erfolgen.
- Die Lösungsbestätigung sollte mit einem Vermerk im Registersystem festgehalten werden.

Bearbeitung

Wartend auf:

Aktivität	Status	Wer
Aufbereiten des Themas (inkl. Finanzierung und Abstimmungswegen) für eine Umlauf-Abstimmung in der QS-Instanz zwecks Berichterstattung in AK I-Sitzung im Herbst '13	erledigt	Meissner, Worm, Weber
Zulieferung der überarbeiteten Anforderungen an die Übergabeniederschrift (EG XPSR; 2014-09-22)	Erledigt	Eberlein
Klärung der Frage, ob Aussonderungsportion als	Erledigt	Kollmannsberge

Drittregister angesehen werden muss (EG XPSR; 2014-09-22)		r
Zuliefern der Möglichkeiten der Beweiswertsicherung im elektronischen Personenstandsregister (EG XPSR; 2014-09-22)	erledigt	Gerbaulet, Jancar
Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der Länder detaillierter klären und dem EG die Ergebnisse im Umlauf zur Verfügung stellen.		Kollmannsberger und Zimmermann bis Ende März
Aus Sicht der Archivseite klären, was realistische Fristen für die Abholung und Prüfung der Aussonderungsportion sind.		Eberlein bis Ende März
Vorschlag für eine technische Quittung erstellen		Poniewas bis 18.02.2015
Punkte aus Nr. 7.2.3 PStG-VwV in Übergabenederschrift aufnehmen		Eberlein bis 18.02.2015
Modellierungsvorschlag für Suchkriterien		Graser bis 18.02.2015

Bearbeitet durch: Hersteller WS
Bearbeitet am: 2012-01-09

Anforderungen aus der Präsentation im 7. WS von Herrn Dr. Worm zu den Schnittstellenanforderungen der Archive eingefügt.

Bearbeitet durch: BKK-Archive
Bearbeitet am: 2012-01-20

Anforderungen aus der Arbeitshilfe zu den Anforderungen an die Anbietung und Aussonderung elektr. Personenstands-register (...) der BKK-Archive ergänzt.

Bearbeitet durch: Hersteller WS
Bearbeitet am: 2012-12-19

Zielversion 1.7 und Priorität niedrig abgestimmt.

Bearbeitet durch: QS-Instanz
Bearbeitet am: 2013-03-12

Obwohl die Aussonderung streng genommen keine Datenübermittlung zwischen Fach- und Registerverfahren ist, ist die QS-Instanz dennoch der Auffassung, dass XPSR der fachlich angemessene Ort für eine Standardisierung der Aussonderung ist.

Da nicht in allen Bundesländern die Zuständigkeit für die Archivverwaltung beim Innenressort liegt, müssen Wege für eine angemessene Bearbeitung (Finanzierung, Beteiligung, etc.) in XPSR gefunden werden. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich bei dieser Änderung um eine Änderung gemäß § 2 Abs. 8 der VV handelt. Frau Meissner, Herr Dr. Worm und Herr Weber werden das Thema soweit aufbereiten, dass in der QS-Instanz per Umlaufverfahren eine Handlungsempfehlung für die Herbstsitzung des AK I abgestimmt werden kann.

Bearbeitet durch: EG XPSR
Bearbeitet am: 2013-05-07

Es wird derzeit von Frau Meissner, Herrn Dr. Worm und Herrn Weber geklärt, ob dieser Änderungsantrag im Rahmen des Betriebs oder im Rahmen eines „Erweiterungsprojektes“ (gem. § 2 Abs. 8 der Verwaltungsvereinbarung zum Betrieb von XPSR) bearbeitet werden soll.

Die KoSIT hält folgenden Umsetzungsplan mit einem Zeitbedarf von insgesamt ca. 1,5 Sitzungen der EG XPSR für realistisch:

1. Aufnahme der Prozesse und Datenstrukturen, wie von der Archiv-Seite vorgeschlagen (Archivseite + KoSIT)

2. Abstimmen der Umsetzung in EG XPSR mit Beteiligung der Archivseite (3-4 Std Sitzungszeit)
3. Umsetzen der Sitzungsergebnisse in XPSR, sonstige Nacharbeiten/Abstimmung durchführen
4. Abstimmen der Umsetzung in EG XPSR mit Beteiligung der Archivseite (2-3 Std Sitzungszeit)
5. Endgültige Modellierung in XPSR umsetzen

Die EG XPSR empfiehlt eine Umsetzung des Änderungsantrages im Rahmen des Betriebs.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2013-07-04

Es hat sich bestätigt, dass in allen archivgesetzlichen Bestimmungen die abliefernden Stellen dafür zuständig sind, die Daten in einem Format an die Archive zu liefern, das es den Archiven erlaubt, die Daten ohne weiteren Aufbereitungsaufwand in das elektronische Archivmagazin zu übernehmen. Die abliefernden Stellen müssen für ihre Ablieferungen die technischen, organisatorischen und Formatvorgaben der Archive beachten (bspw. Archivgesetz Nordrhein-Westfalen (ArchivG NRW § 3 (5)), niedersächsisches Archivgesetz (NArch § 3 (2)), hessisches Archivgesetz (HArchivG § 9 (1)) oder Bremer Archivgesetz (BremArchG § 3 (3))). Da die abliefernden Stellen eine reibungslose Ablieferung gewährleisten müssen, trifft diese somit auch die Kostenschuld hinsichtlich der Unterstützung der technischen, organisatorischen und Formatvorgaben der Archive.

Die KoSIT hat der Qualitätssicherungsinstanz folgenden Beschlussvorschlag für den AK I im Umlauf zur Abstimmung gestellt:

Die Qualitätssicherungsinstanz für den Standard XPersonenstandsregister

- bittet die KoSIT, den AK I in der Herbstsitzung darüber zu informieren, dass mit der Modellierung der Aussonderung von Registereinträgen an die Archive ein Sachverhalt vorliegt, der Aktivitäten erfordert, die nicht durch die Verwaltungsvereinbarung abgedeckt sind (vgl. § 2 (8)).
- empfiehlt, die Erweiterung des Standards um die Aussonderungsschnittstelle an die Archive für die Länder kostenneutral im Rahmen der bestehenden Finanzierung für den Betrieb des Standards im Jahr 2014 durchzuführen.
- weist daraufhin, dass damit im Jahr 2014 ca. 50% der Kapazitäten der Expertengruppe XPersonenstandsregister gebunden wären. Dies würde dazu führen, dass Teile der bereits vorliegenden Änderungsanträge erst im Jahr 2015 bearbeitet werden können.

Bearbeitet durch: QS-Instanz

Bearbeitet am: 2013-08-09

Die stimmt dem Beschlussvorschlag unter der Maßgabe zu, dass der AK I um eine entsprechende Beschlussfassung gebeten wird.

Der Verlag für Standesamtswesen weist darauf hin, dass er keinen kurzfristigen Handlungsbedarf für eine Umsetzung der Aussonderungsschnittstelle sieht und dass die Kostenneutralität nur für die Umsetzung in dem Datenübermittlungsstandard XPSR und nicht für die Kosten der Änderungen der beteiligten Verfahren gilt.

Bearbeitet durch: Worm/Meissner/Weber

Bearbeitet am: 2013-08-14

Im Bereich des IT-Planungsrats gibt es derzeit Bemühungen, den „Austausch von Akten, Vorgängen und Dokumenten“ (AVD) verbindlich zu regeln, eine entsprechende

Bedarfsbeschreibung ist in Arbeit. Da ein Beschluss des IT-Planungsrates auch für das Personenstandswesen verbindlich wäre, soll vor einer Befassung des AK I mit dem Thema „Aussonderungsschnittstelle“ zunächst eine Abstimmung mit den Vertretern von AVD erfolgen. Die KoSIT wird dazu an die Vertreter von AVD herantreten und diese um eine Beurteilung der Relevanz von AVD für die Bestrebungen in XPSR bitten. Die KoSIT wird in Übereinstimmung mit der QS-Instanz und den Archiven die Auffassung vertreten, dass die Aussonderung der Register in XPSR standardisiert werden sollte.

Auf Basis dieser Ergebnisse wird in der kommenden Sitzung der QS-Instanz erneut über das weitere Vorgehen beraten. Damit wäre eine AK I Beschlussfassung in der Frühjahrssitzung 2014 und entsprechend eine Bearbeitung in 2014 möglich.

In einigen Landesfachkonzepten für die elektronischen Personenstandsregister gibt es die Forderung, für eine Aussonderung an die Archive den Standard XDomea zu verwenden. Da im Rahmen des IT-Planungsrates Aktivitäten für eine Vereinheitlichung des „Austausch von Akten, Vorgängen und Dokumenten“ gibt und XDomea dafür „nur“ ein möglicher Standard ist, ist eine Abstimmung mit XDomea nicht erforderlich.

Bearbeitet durch: EG XPSR**Bearbeitet am: 2013-09-30**

Herr Kollmannsberger weist auf Aktivitäten der Archive in Bayern hin, den Archiven direkten Zugriff auf die Personenstandsregister zu ermöglichen und die Personenstandsregister als Archiv mit zu nutzen. Hintergrund ist, dass es in Bayern viele kommunale Archive gibt, die derzeit nicht in der Lage sind, elektronisches Archivgut zu archivieren. Dieses Vorgehen ist aber aufgrund der landesrechtlichen Regelungen nicht möglich. Die Problematik wird durch eine Arbeitsgruppe der bayrischen Archivverwaltung weiterverfolgt.

Es kann nicht geklärt werden, in welchem Zusammenhang die o. g. Aktivitäten der bayrischen Archive zu dem im Rahmen der „Bundeskonzferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag“ (BKK) und der „Konferenz der Archivreferenten bzw. Leiter der Archivverwaltung des Bundes und der Länder“ (ARK) abgestimmten Vorgehensmodell der Aussonderung steht, auf dessen Grundlage die Erweiterung in XPersonenstandsregister beantragt wurde.

Die Expertengruppe ist der Auffassung, dass eine Erweiterung von XPersonenstandsregister um die Aussonderung an die Archive nur dann sinnvoll ist, wenn eine einheitliche Nutzung durch die Archive sichergestellt ist.

Die Verfahrenshersteller weisen darauf hin, dass eine Nutzung von XDOMEA ggf. im Interesse der Archivseite ist, da mittels XDOMEA verschiedenste Zulieferungen an die Archive entgegengenommen werden könnten (bspw. Inhalte des Melderegisters).

Bearbeitet durch: BKK-Archive**Bearbeitet am: 2013-11-19**

Der IT-Ausschuss der BKK hat am 19.11. in Würzburg getagt und Herrn Dr. Worm zum Vertreter in der Qualitätssicherungsinstanz und Frau Miriam Eberlein vom Stadtarchiv Heilbronn zur Vertreterin im Expertengremium jeweils ohne Gegenstimmen gewählt. Eine fachliche Absicherung der Belange der staatlichen Archive ist durch die enge Rückbindung der Arbeitsergebnisse mit dem Vertreter des entsprechenden Fachausschusses der Archivreferentenkonferenz, Herrn Dr. Niederhut, sichergestellt.

Bearbeitet durch: Akten, Vorgänge, Dokumente **Bearbeitet am: 2013-12-03**

Das Thema Verknüpfung eines Fachstandards mit dem Standard AVD, auch im Bereich der Aussonderung, ist ein Thema, dass wir (in „Akten, Vorgänge und Dokumente“) derzeit intensiv diskutieren.

Dabei geht es darum, ob es bei der Übermittlung von Fachdaten und Schriftgutobjekten eine Verknüpfung der Daten geben muss und welcher Art diese Verknüpfung sein sollte/könnte (gleichrangig oder ein Standard führend). Das Ergebnis der Diskussion wird als Anforderung in der Bedarfsbeschreibung AVD aufgenommen werden. Gemäß Planung soll diese bis Mitte nächsten Jahres vorliegen.

Ob und wann neben den Fachdaten des Personenstands auch Schriftgutobjekte elektronisch ausgesondert werden, kann ich nicht einschätzen. Es ist aber sicher absehbar, dass die von Ihnen genannten „Sammelakten“ irgendwann einmal auch elektronisch geführt werden und eine Verknüpfung der Fachdaten und Schriftgutobjekte in irgendeiner Weise erforderlich sein wird. Dies wird dann evt. nicht nur im Bereich der Aussonderung, sondern auch bei der Abgabe von Akten zwischen verschiedenen örtlich zuständigen Behörden ein Thema sein.

Bearbeitet durch: Archive**Bearbeitet am: 2013-12-04**

Die Bearbeitung der Schnittstelle zur Aussonderung an die Archive in XPSR sollte nicht aufgrund der Stellungnahme von AVD verschoben werden. Die Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder kommt auch nach nochmaliger Befassung zu dem Ergebnis, dass XPSR der einzig rechtlich und fachlich geeignete Austauschstandard ist und führt eine Reihe von Gründen auf, die gegen eine Verwendung von XDomea / AVD in diesem Zusammenhang sprechen:

- dass es von einer aktenmäßigen Struktur ausgeht, die dem Datenmodell des elektronischen Personenstandsregisters nicht entspricht,
- dass es fachspezifische Inhalte nicht abbilden kann
- und dass die mit dem Standard verbundene Prozessbeschreibung einen Verfahrensweg vorsieht, die einer mit dem Personenstandsrecht konformen Aussonderung und Archivierung nicht entspricht.

Die erforderliche Abstimmung mit AVD/XDomea sollte parallel zur Erarbeitung der Schnittstelle erfolgen.

Bearbeitet durch: QS-Instanz**Bearbeitet am: 2013-12-11**

Die QS-Instanz stimmt der Auffassung der Archive zu, dass der Stand der Abstimmungen mit dem IT-Planungsrat-Vorhaben „Akten, Vorgänge und Dokumente“ es rechtfertigt, beim AK I um einen Beschluss zur Erweiterung des Standards zu ersuchen. Sie bittet die KoSIT, dem AK I in seiner Frühjahrssitzung einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen.

Bearbeitet durch: AK I**Bearbeitet am: 2014-05-05**

Der AK I nimmt den Bericht „Aussonderung der elekt. Personenstandseinträge an die Archive“ zur Kenntnis und stimmt der Erweiterung des Standards XPSR um die Aussonderung der elekt. Personenstandseinträge an die Archive zu.

Der AK I bittet die KoSIT, die Erweiterung des Standards im Rahmen der bestehenden Finanzierung für den Betrieb des Standards durchzuführen.

Bearbeitet durch: EG XPSR**Bearbeitet am: 2014-05-14**

In der aktuellen Sitzung werden Impulse aus dem EG für die Vorbereitung gesammelt:

- Herr Bockstette weist darauf hin, dass je nach Landesarchivrecht die Aussonderung von Erst- und Sicherungsregistern an unterschiedliche Archive geleistet werden muss (Kommune / Land).
- Herr Bockstette wirft die Frage auf, ob im Register noch Hinweise auf bereits ausgesonderte Einträge enthalten sein dürfen. Dies sei aus datenschutzrechtlichen Gründen unter Umständen kritisch (Stichwort: restlose Löschung).
- Auf die Frage Herrn Jancars, ob die Datensätze nicht als Archivgut gekennzeichnet im ePR verbleiben könnten, verweisen Hr. Kollmannsberger und Herr Zimmermann auf die Anbietungspflicht, die aus den Archivgesetzen resultiere. Herr Bockstette verweist auf § 11 PStV, der eine Überführung in die Archive fordere.
- Lt. Herrn Weber haben die Archivseite und die KoSIT sich mit dem IT-PLR-Vorhaben Akten, Vorgänge und Dokumente (AVD) abgestimmt und festgestellt, dass die Prozesse und Strukturen aus AVD für die Aussonderung von Personenstandsdokumenten nicht anwendbar sind. Herr Graser verweist dazu auf eine Bachelorarbeit zu XDomea, die in Zusammenarbeit mit dem VfSt entstanden sei. Der VfSt wird prüfen, ob die Arbeit an das EG verteilt werden kann. Herr Jancar regt an, in jedem Fall zumindest die in XDomea beschriebenen Prozesse bei der Gestaltung der Aussonderung zu betrachten.
- Herr Marienfeld regt an, bei der Umsetzung darauf zu achten, dass die Verschlüsselung von Inhalten durch Code-Listen vor der Archivierung durch Volltext aufgelöst wird.
- Herr Büttner regt an, zu klären, wie viel des Gesamtprozesses Aussonderung in XPSR zu regeln ist. Hr. Kollmannsberger wirft dazu die Frage auf, ob die Aussonderung ohne elektronische Archivsysteme Gegenstand von XPSR sein sollte.

Herr Zimmermann stellt die Frage, warum die Daten mit aufgelöster Signatur an das Archiv übergeben werden soll; damit ginge der Beweiswert und die Unveränderlichkeit der Einträge verloren.

Bearbeitet durch: EG XPSR

Bearbeitet am: 2014-09-22

a) Diskussion zu den in XSPR festzulegenden Anforderungen an den

Aussonderungsprozess:

Die im vorliegenden XSPR-Entwurf beschriebenen vier Schritte (Erstellen der Aussonderungsportion, Übermitteln der Aussonderungsportion an das Archiv, Prüfung und Übernahme ins Archiv, Löschung der Daten im Personenstandsregister) sind im EG dem Grunde nach unstrittig.

Die konkrete Zuordnung von Aktivitäten auf das Standesamt / den Standesbeamten / die datenhaltende Stelle / den Betreiber des Registerverfahrens ist aber strittig. Insbesondere werden folgende Fragen kontrovers diskutiert:

- Wer unterschreibt die Übergabeniederschrift, und welche Art von Zusicherung erfolgt damit?
- Damit einhergehend: Welche Informationen müssen aus Sicht der Standesamtsseite in der Übergabeniederschrift enthalten sein, um eine spätere Nachvollziehbarkeit der Aussonderung nachvollziehen zu können?
- Wer veranlasst die Löschung der Einträge im Personenstandsregister nach erfolgter Übergabe in das Archiv?

Beschlüsse auf Basis der Diskussion:

- 1) Die im aktuellen XPSR-Entwurf beschriebenen Rollen „Standesamt“ und „Registerverfahren / datenhaltende Stelle“ sollen zukünftig nicht mehr unterschieden werden. Die vier Prozessschritte sollen nur noch allgemein der Standesamtsseite bzw. der Archivseite zugeordnet werden.
- 2) Eine konkrete Ausgestaltung des Aussonderungsprozesses auf Standesamtsseite soll nicht in XSPR beschrieben werden.

- 3) Als Folge soll auch kein Webservice zum Auslösen der Aussonderung mehr vorgesehen werden.
- 4) Die aus Archivseite mindestens in der Übergabeniederschrift erforderlichen Angaben sollen in die Spezifikation aufgenommen werden.

b) Diskussion zu der Festlegung auf eine registerseitige PDF/A-Konformitätsprüfung im Rahmen der Aussonderung:

Der XPSR-Entwurf sieht vor, dass alle auszusondernden PDF-Dokumente direkt vor der Übergabe auf ihre PDF/A-Konformität zu prüfen sind. Für nicht konforme PDF-Dokumente soll dem Archiv in der Übergabeniederschrift versichert werden, dass diese Dokumente bereits in dieser Form im Register gespeichert waren.

Diese Vorgehensweise wird von beiden Registerverfahrensherstellern kritisch gesehen, da die Prüfung aufwändig sei und die Prüfprogramme keine einheitlichen Ergebnisse liefern.

Frau Eberlein gibt an, dass die Archivverfahren die PDF/A-Konformität ohnehin prüfen.

Der Prozess könnte daher auch so gestaltet werden, dass die Prüfung zuerst archivseitig erfolgt.

Falls nicht konforme Dokumente in der Aussonderungsportion erhalten seien, die nicht als solche in der Übergabeniederschrift vermerkt sind, würde das Archiv in diesem Fall die Lieferung ablehnen. Die Standesamtsseite müsse in diesem Fall dennoch prüfen und ggf. die Übergabeniederschrift um einen Hinweis ergänzen.

Beschlüsse auf Basis der Diskussion:

- 5) Die PDF/A-Konformitätsprüfung soll in XPSR nicht mehr als Aktivität erwähnt werden. Die Anforderung, dass alle nicht PDF/A-konformen Dokumente in der Übergabeniederschrift vermerkt sein müssen, soll bestehen bleiben.

c) Diskussion zu der Signaturprüfung im Rahmen der Aussonderung:

Der XPSR-Entwurf sieht vor, dass die elektronischen Signaturen vor der Aussonderung geprüft und die Gültigkeit in der Übergabeniederschrift bestätigt werden.

Diese Vorgehensweise wird von beiden Registerverfahrensherstellern kritisch gesehen.

Herr Jancar weist darauf hin, dass die Evidence Records der Langzeitarchivierung nicht ohne weiteres automatisiert geprüft werden könnten, da die Prüfung durch externe Werkzeuge erfolge, die nicht ohne weiteres im Batch-Verfahren eingesetzt werden.

Herr Gerbaulet gibt an, dass es aus seiner Sicht nicht zwingend ein externes Tool sein müsse, gibt aber auch zu bedenken, dass die Evidence Records im normalen Betrieb eines elektronischen Personenstandsregisters nicht überprüft werden. Eine solche Prüfung sei erst bei konkreten Streitfällen (z. B. vor Gericht) relevant. In jedem Fall sei eine Prüfung aller Einträge vor der Aussonderung aufwändig.

Frau Eberlein gibt an, dass die Archive darauf angewiesen sind, dass ihnen der Beweiswert der übergebenen Dokumente bestätigt wird, und dass die Archive grundsätzlich keine digitalen Signaturen übernehmen.

Im Ergebnis bleibt für die nächste Befassung zu klären, auf welche Weise die Sicherung des Beweiswerts der übergebenen Aussonderungsportion praktikabel erfolgen kann.

Beschlossenes weiteres Vorgehen

- 6) Herr Jancar und Herr Gerbaulet werden Frau Eberlein zur Unterstützung der Diskussion auf der Archivseite eine kurze Übersicht über die Möglichkeiten geben, welche die Registerverfahren zur Sicherstellung des Beweiswerts bieten (z. B. rein mathematische Prüfung der Signaturen, zertifizierte Backends wie TR-ESOR,).

d) Weitere Fragen / Aspekte des Aussonderungsprozesses:

- 7) Herr Kollmannsberger wird in seinem Hause datenschutzrechtlich prüfen lassen, ob die zeitweilige Ablage der Aussonderungsportion in der datenhaltenden Stelle als Drittregister zu bewerten wäre. (ToDo 2; Herr Kollmannsberger)

- 8) Ist eine Aussonderung von Erst- und Sicherungsregister sinnvoll / erforderlich?
→ Da die Register technisch repliziert werden, erscheint eine separate Aussonderung beider Register dem EG fragwürdig. Nichtsdestotrotz sind die rechtlichen Vorgaben umzusetzen.
- 9) Dürfen Einträge mit abgelaufener Fortführungsfrist im Register technische weiter genutzt werden?
→ Die Einträge sollten im Register noch einsehbar, aber nicht mehr änderbar sein.

e) Diskussion zur Modellierung der Aussonderungsportion als Sammlung von XML- und PDF-Dateien:

Herr Jancar merkt kritisch an, dass die Übergabe von Dateien kein zeitgemäßes Verfahren mehr sei. Auf der technischen Ebene sei darüber hinaus die Generierung von Dateien in einem J2EE Application Server „deprecated“. Eine direkte Kopplung von Register- und Archivverfahren sei zu bevorzugen.

Herr Weber verweist an dieser Stelle erneut darauf, dass eine direkte Kopplung über den vorliegenden Standardisierungsauftrag des AK I hinaus geht.

Frau Eberlein verweist darauf, dass die Entgegennahme von Dateien gängige Praxis und der gemeinsame Nenner aller Archivverfahren sei. Eine Lieferung als eine große XML-Datei sei, abgesehen von der Größe der Datei, nicht möglich, da die Archivseite die PDF-Dateien unkodiert benötigt.

Herr Gerbaulet gibt an, dass der XPSR-Entwurf dem aktuellen Vorgehen in seinem Verfahren bereits nahe kommt.

f) Zum Status von Einträgen:

- 10) Im Register / in XSPR soll neben dem Status „Fortführungsfrist überschritten“ weitere Status eingeführt werden, die signalisieren, dass ein Eintrag in Aussonderung bzw. ausgesondert ist.
- 11) Es sollen entsprechend weitere Exceptions eingeführt werden, welche die Statusbedingte Ablehnung von Zugriffen auf das Register signalisieren, und die Signaturen der bestehenden Webservices sollen entsprechend angepasst werden.

g) Weitere Fragen / Aspekte zur Modellierung:

Die weiteren, in der Tagesordnung unter TOP 5 genannten Punkte

- TRegisterJahresInfo in die Aussonderungsportion aufnehmen?
- Eintragsübersicht für jeden Registereintrag aufnehmen?
- Separate Transaktions-IDs erforderlich?
- Wiederverwendung der Suchkriterien aus PStV?
- Reservierungsnachweise für Aussonderung erforderlich?

können aus Zeitgründen nicht mehr in der Sitzung behandelt werden.

Bearbeitet durch: Fr. Eberlein

Bearbeitet am: 2014-10-13

Zulieferung der überarbeiteten Anforderungen der Archive an die Übergabeniederschrift. Details sind Anlage 1 zum Änderungsantrag zu entnehmen.

Bearbeitet durch: Hr. Jancar

Bearbeitet am: 2014-10-23

Herr Jancar legt die Sichtweise des Verlags für Standesamtswesen hinsichtlich der Beweiswertsicherung dar. Details sind der Anlage 2 zum Änderungsantrag zu entnehmen.

Bearbeitet durch: KoSIT**Bearbeitet am: 2014-10-23**

Die Stellungnahme des VfSt wurde an Frau Eberlein weitergeleitet. Sie wird nun archivseitig abstimmen, ob sich die Archive mit einer „organisatorischen Zusicherung“ der Gültigkeit des Beweiswertes zufrieden geben können. Ggf. könnte dies dann als neue Anforderung an die Inhalte der Übergabeniederschrift aufgenommen werden.

Bearbeitet durch: Hr. Kollmannsberger**Bearbeitet am: 2014-10-23**

Nach Rücksprache mit unserem Sachgebiet für Datenschutz bin ich bezüglich der zeitweiligen Ablage der Aussonderungsportion zu folgendem Ergebnis gekommen:

Sachverhalt:

Um die Daten aus den elektronischen Personenstandsregistern und Sicherungsregistern nach Ablauf der Fortführungsfristen (siehe § 5 Abs. 5 Personenstandsgesetz – PStG – und § 7 Abs. 3 PStG) den Archiven anbieten zu können, müssen aus den Registerdaten sog.

Aussonderungsportionen erstellt werden. Diese werden beim Betreiber des Registerverfahrens so lange zwischengespeichert, bis das jeweilige Archiv die Aussonderungsportion elektronisch abgerufen hat.

Prüfergebnis:

Bei der Zwischenspeicherung der Aussonderungsportionen handelt es sich **nicht** um ein **personenstandsrechtliches Drittregister**, da es sich hierbei nur um personenbezogene Daten in automatisierten Dateien handelt, die ausschließlich aus **verarbeitungstechnischen Gründen** vorübergehend erstellt und nach ihrer verarbeitungstechnischen Nutzung automatisch gelöscht werden. Aus diesem Grund ist hierfür das Bayerische Datenschutzgesetz (BayDSG) auch nur eingeschränkt anwendbar (vgl. Art. 2 Abs. 3 BayDSG). Voraussetzung ist natürlich, dass Umfang und Speicherdauer der „Aussonderungsportion“ begrenzt sind – und nicht wirklich zu einem „Drittregister“ anwachsen.

Nichtsdestotrotz handelt es sich um personenbezogene Daten, die zum Aussonderungszeitpunkt einem **hohen Schutzbedarf** unterliegen (§ 10 Abs. 1 Personenstandsverordnung – PStV –), so dass datenschutzrechtliche Vorgaben (z. B. Art. 17 BayDSG) und spezialgesetzliche Vorgaben (z. B. § 10 Abs. 2 PStV) zu beachten sind. Deshalb ist im Betriebs- und Sicherheitskonzept des Betreibers und in der Verfahrensbeschreibung darzustellen, wie die Aussonderungsportion gespeichert und gesichert wird, aber auch, wie die Archive auf diesen Datenbestand zugreifen können.

Für die Schnittstelle dürfte dies aber wohl keine Auswirkungen haben, da der Zugang zu den Aussonderungsportionen derzeit nicht standardisiert werden soll.

Bearbeitet durch: Hr. Kollmannsberger**Bearbeitet am: 2014-10-23**

Im Rahmen der Arbeiten an CR 5/2014 (Abgrenzung XPersonenstand und XPSR) wurde folgendes geäußert:

Die Aussage, dass der XÖV-Standard keinerlei Vorgaben macht, wie Personenstandsdaten im Register gehalten werden bzw. außerhalb des Registers im Fachverfahren verarbeitet werden (Satz 3), dürfte mit Blick auf die Aussonderung nicht mehr zutreffen. Hier zeigt es sich ganz deutlich, dass die von den Archivaren vorgegebene Datenbeschreibung der Aussonderungsportionen eben nicht Bestandteil von XPersonenstandsregister sein kann (Die Schwierigkeiten zeigen sich auch im Kapitel 4.3.9 der Spezifikation). Hier sind geeignet Maßnahmen zu prüfen, wie das

Betriebskonzept für XPersonenstandsregister und das Anliegen des AK I zur Schaffung einer Aussonderungsschnittstelle in Einklang gebracht werden können.

Bearbeitet durch: Personenstandsreferenten

Bearbeitet am: 2014-11-10

Protokollauschnitt:

Bei der Sitzung des Expertengremiums von XPersonenstandsregister am 26. September 2014 in Bremen wurde die Aussonderung der nach Fristablauf nicht mehr fortzuführenden Registereinträge an die Archive besprochen. Unklar war dabei allerdings, wer welche Tätigkeiten bei der Aussonderung wahrnehmen soll:

- *Welche Aufgaben kommen auf die Betreiber der Register zu (z. B. Aussonderungsportion erstellen, Anbieter an das Archiv) und bestehen hierfür jeweils hinreichende Rechtsgrundlagen?*
- *Wer stößt den Prozess der Aussonderung an und ist verantwortlich für den Inhalt der Aussonderungsportionen (automatisiert/Betreiber/Standesbeamter)?*
- *Wer ist zuständig für das Erstellen der Übergabeniederschrift nach § 25 PStV (Betreiber/Standesbeamter) und welche Informationen müssen darin enthalten sein, um die Aussonderung später noch nachvollziehen zu können?*
- *Können Jahresabschlüsse in den Registern erhalten bleiben?*
- *Wer ist berechtigt, ausgesonderte Personenstandsregister zu löschen (automatisiert nach Abgabe/Betreiber/Standesbeamter, ggf. Ergänzung in § 14 PStV)?*

Auch wenn diese Fragen für die mögliche „Schnittstelle“ eher nachgeordnet sind, sind sie für die praktische Umsetzung generell zu klären. Dazu müssen ggf. auch Änderungen bzw. Ergänzungen im Personenstandsrecht erfolgen.

Ergebnis:

Nach Diskussion sprachen sich die Ländervertreter einmütig dafür aus, dass

- a) die gem. § 25 PStV anzufertigende Übergabeniederschrift vom Standesamt zu prüfen und zu unterschreiben sei,*
- b) die letzte Entscheidung und die Verantwortung über die nach Abgabe an die Archive zu löschenden Registereinträge bei dem abgebenden Standesamt liegen müsse,*
- c) in § 14 PStV die Berechtigungsstufe für das Löschen eines an das Archiv abgegebenen Eintrags festgelegt werden sollte.*

Bearbeitet durch: Fr. Eberlein

Bearbeitet am: 2014-12-17

XPSR v1.7 Draft v. 10.09.2014, Kapitel 4.3.9.1, Abschnitt 1)

Überarbeitung Teilabschnitt „Übergabeniederschrift“ aufgrund der Diskussion im XPSR-EG vom 22.9.2014 und Rückkoppelung der beteiligten Archivare von BKK und ARK (Boden/Eberlein/Worm) sowie Ergebnis der Personenstandsreferenten von 11/2014 bezüglich der Erstellung der Übergabeniederschrift.

Stand: 17.12.2014

[...]

Durch die datenhaltende Stelle wird gemäß § 25 PStV eine Übergabeniederschrift für jede Aussonderungsportion erstellt, in der die ordnungsgemäße Erzeugung der Aussonderungsportion und die Übergabe an das zuständige Archiv bestätigt wird. Die Übergabeniederschrift enthält folgende Informationen:

- *das aussondernde Standesamt*
- *die Stelle, die für die technische Erzeugung der Aussonderung verantwortlich ist*
- *das Archiv oder gegebenenfalls die Archive, die die Aussonderungsportion erhalten*
- *die Zusicherung der datenhaltenden Stelle, dass das Registerverfahren bis zum Zeitpunkt der Aussonderung die Gültigkeit der elektronischen Signaturen der in der Aussonderungsportion enthaltenen Registereinträge und Jahresabschlussdokumente gewährleistet hat.*
- *die genaue Bezeichnung und Version des für die Erstellung der Aussonderungsportion eingesetzten Software-Tools oder -Moduls*
- *den Namen der Person, die die Erzeugung der Aussonderungsportion verantwortlich durchgeführt hat.*
 - *Diese verantwortliche Person sichert in der Übergabeniederschrift zu, bei der Erzeugung der Aussonderungsportion nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben,*
 - *dass die Erstellung in einem Bereich stattgefunden hat, in dem die Daten während und nach dem Erstellungsprozess vor unbefugter Veränderung geschützt waren,*
 - *dass die Aussonderungsportion im automatisierten Verfahren ohne offensichtliche Fehlermeldung erzeugt worden ist,*
 - *dass die erzeugte Aussonderungsportion auf Konformität zu den in Abschnitt 4.3.9.2 genannten Anforderungen geprüft und für valide befunden wurde*

Diese verantwortliche Person übernimmt mit ihrer Unterschrift keine Haftung für den rechtlichen Inhalt, für Fehler in der ggf. vorgenommenen Übernahme von Altfällen, oder für aus technischen Fehlern der Aussonderungsschnittstelle resultierende Datenverluste.

Die Übergabeniederschrift ist nach ihrer Erstellung durch die datenhaltende Stelle vom aussondernden Standesamt zu prüfen und zu unterschreiben. Sie wird zusammen mit der Aussonderungsportion den zuständigen Archiven übergeben.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-01-14

Die Beschlüsse und Aufgaben aus der letzten Sitzung zum Thema Aussonderung (vgl. Bearbeitung vom 22.9.2014 wurde wie folgt in der XPSR-Spezifikation vom 14.01.2015 umgesetzt bzw. bearbeitet:

Zu 1) In den Prozessschritten 1 bis 4 im Kapitel 4.3.9.1 wird nun nicht mehr zwischen Standesamt und datenhaltenden Stelle unterschieden. Alle Aktivitäten, die im letzten Entwurf noch der datenhaltenden Stelle zugeordnet waren, sind nun dem Standesamt zugeordnet.

Zu 2) Der Beschluss den Aussonderungsprozess auf Standesamtsseite nicht detaillierter zu beschreiben, wurde in die Einleitung zum Prozess der Aussonderung eines Registerjahrgangs (vgl. Kapitel 4.3.9) aufgenommen.

Es erscheint der KoSIT sinnvoll, den Beschluss unter Ziffer 1) weiter zu fassen und auch bei den Verantwortlichkeiten der Standesamtsseite nicht mehr zwischen der datenhaltenden Stelle und dem Standesamt zu unterscheiden, sodass gegenüber den Archiven ausschließlich das Standesamt in der Verantwortung steht, auch wenn Teile der Aussonderung durch die datenhaltende Stelle durchgeführt werden. Dies wird auf EG15-01 zu diskutieren sein, die KoSIT wird die EG vorab um Stellungnahmen zu diesem Thema bitten.

Zu 3) Der Webservice (Kapitel 8.2.32) und die entsprechenden Nachrichten (Kapitel 5.6) wurden aus der Spezifikation entfernt.

Zu 4) Die von der Archivseite für erforderlich gehaltenen Angaben einer Übergabeniederschrift (siehe Bearbeitung vom 17.12.14) wurde in die Spezifikation überführt (vgl. Kapitel 4.3.9.1; Strichpunktliste unter „1) Erstellen einer Aussonderungsportion“). Allerdings wurde der Vorschlag der Archivseite an einigen Stellen modifiziert. Diese Stellen werden wie folgt modifiziert:

- Entsprechend Beschluss 2) wird nicht mehr von einer „für die Erzeugung der Aussonderungsportion verantwortlichen Person“ gesprochen.
- eine Liste der in der Aussonderungsportion enthaltenen nicht validen PDF-Dateien wurde ergänzt (vgl. Beschluss 5)

Zu 5) Die Aktivität der Prüfung auf PDF/A-Konformität ist entfallen. Die Liste der nicht PDF/A-konformen Dateien ist Bestandteil der Übergabeniederschrift.

Zu 6) Frau Eberlein hat auf Basis der Zulieferung von Herrn Jancar (vgl. Bearbeitung vom 23.10.14) die Abstimmung auf Archivseite durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Abstimmung sind in die Anforderungen der Archive an eine Übergabeniederschrift eingeflossen (vgl. Bearbeitung vom 17.12.14) und wurden in Beschluss 4) in XPSR übernommen.

Zu 7) Die Ergebnisse der datenschutzrechtlichen Prüfung wurden von Herrn Kollmannsberger geliefert (vgl. Bearbeitung vom 23.10.14). Es gibt keine direkten Auswirkungen auf XPSR.

Zu 8) Die Aussonderung aus Erst- und Sicherungsregister war bereits umgesetzt.

Zu 9) Es wurde eine neue Exception *FortfuehrungsfristUeberschrittenExceptionInfo* (vgl. Kapitel 5.5.18) eingeführt. Die Signatur aller Webservices, die einen Eintrag zwecks weiterer Bearbeitung sperren (Reservierungsnachweis), wurde um die neue Exception und eine entsprechende Voraussetzung erweitert. Im Einzelnen sind dies:

- GetRegisterEintragForUpdate (8.2.4)
- UnlockEintrag (8.2.5)
- GetEintragForUpdate (8.2.11)
- GetRegisterEintragForNacherfassung (8.2.17)
- CompleteNacherfassung (8.2.19)
- MakeJahresAbschluss (8.2.21)
- UndoJahresAbschluss (8.2.22)
- SetSperrvermerk (8.2.24)
- DelSperrvermerk (8.2.26)

Zu 10) Das Datentyp *TEintragStatus* (Kapitel 5.1.11) wurde um die Kindelemente *InAussonderung* und *Ausgesondert* erweitert.

Zu 11) Es wurde eine neue Exception *AussonderungExceptionInfo* (vgl. Kapitel 5.5.17) eingeführt. Die Signatur aller Webservices, mit denen auf Inhalte von Registereinträgen zugegriffen werden kann, wurde um die neue Exception und eine entsprechende Voraussetzung erweitert. Im Einzelnen sind dies:

- GetRegisterEintrag (8.2.3)
- GetRegisterEintragForUpdate (8.2.4)
- UnlockEintrag (8.2.5)
- GetEintragsUebersicht (8.2.9)

- GetEintrag (8.2.10)
- GetEintragForUpdate (8.2.11)
- GetUrkundlTeil (8.2.12)
- GetHinweisTeil (8.2.13)
- GetRegisterEintragForNacherfassung (8.2.17)
- GetRegisterEintragInNacherfassung (8.2.18)
- CompleteNacherfassung (8.2.19)
- GetJahresInfo (8.2.20)
- MakeJahresAbschluss (8.2.21)
- UndoJahresAbschluss (8.2.22)
- GetEvidenceDocument (8.2.23)
- SetSperrvermerk (8.2.24)
- HasSperrvermerk (8.2.25)
- DelSperrvermerk (8.2.26)
- GetEintragStatus (8.2.27)
- GetRegisterEintragStillgelegt (8.2.31)

Es ist durch die EG zu prüfen, ob tatsächlich all diese Zugriffe während der Aussonderung gesperrt sein sollten. Ggf. werden einzelne Zugriffe für die durch das Standesamt durchzuführende Prüfungen benötigt.

Offene Punkte für EG15-01:

- Wiederverwendung der Suchkriterien aus PStV (vgl. Kapitel 6.11.1)?
- Anpassung des Betriebskonzeptes / der Einleitung erforderlich (vgl. Bearbeitung Hr. Kollmannsberger vom 23.10.14)?
- Löschung der ausgesonderten Registerjahrgänge über Webservice (vgl. Bearbeitung der Personenstandsreferenten vom 10.11.14; Buchstabe c)?
- TRegisterJahresInfo in die Aussonderungsportion aufnehmen?
- Eintragsübersicht für jeden Registereintrag aufnehmen?
- Separate Transaktions-IDs erforderlich?
- Reservierungsnachweise für Aussonderung erforderlich?

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-01-27

In Kapitel 4.3.9.1 (4. Löschung der Daten im Registerverfahren) und in Kapitel 4.3.9.2 sollte jeweils der Bezug zum Status eines Eintrags klarer gestellt werden. Insbesondere sollte jeweils auf den Typ *TEintragStatus* verwiesen werden.

Die Dokumentation zu den Kindelementen *InAussonderung* und *Ausgesondert* im Typ *TEintragStatus* sollten geschärft werden.

Bearbeitet durch: EG XPSR

Bearbeitet am: 2015-01-28

a) Grundsätzliches Vorgehen:

Das EG erörtert erneut die Frage, inwiefern der Auftrag, nur ein Datenformat für die Übergabe, nicht aber den Übergabeprozess zu spezifizieren, in der Praxis sinnvoll ist. Im Ergebnis bleibt das EG bei der Interpretation des Auftrages, in XPSR lediglich ein Datenformat zu spezifizieren und die Prozessanforderungen nur grundsätzlich zu benennen (insbesondere soweit sie für Verständnis und die Spezifikation des Datenformats notwendig sind). Dies entspricht im Wesentlichen dem ursprünglichen Konzept der Archivseite.

Das EG macht diesbezüglich zwei Anmerkungen:

- Ein typischer Weg, wie der Betreiber des Registers die Aussonderungsportion dem Archiv anbieten kann, ist, einen SFTP-Server samt Zugang für das Archiv bereitzustellen.
 - Es ist auch organisatorisch zu klären, dass die Aussonderung nur dann angestoßen wird, wenn die Abholung sichergestellt ist. Ggf. sind dabei auch Fristen für die Abholung und die Rückmeldung durch die Archivseite festzulegen und die Fristen für die Zwischenspeicherung datenschutzrechtlich zu betrachten.
- 1) Es wird vereinbart, die QS-Instanz dafür zu sensibilisieren, welcher über XPSR hinausgehende Regelungsbedarf auf Landes- und auf kommunaler Ebene besteht. Herr Kollmannsberger und Herr Zimmermann werden dies jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich detaillierter klären und dem EG die Ergebnisse im Umlauf zur Verfügung stellen.
 - 2) Frau Eberlein wird klären, was aus Sicht der Archivseite realistische Fristen für die Abholung und Prüfung der Aussonderungsportion sind.

b) Detaillierung des Prozesses auf Standesamtsseite

- 3) Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Referenten des Personenstandswesens vom 26.09.2014, dass (a) die Übergabeniederschrift vom Standesamt zu prüfen und zu unterschreiben sei und (b) die letzte Entscheidung und die Verantwortung über die nach Abgabe an die Archive zu löschenden Registereinträge bei dem abgebenden Standesamt liegen müsse, beschließt das EG, in Abschnitt 4.3.9 („Registerjahrgang aussondern“) zwischen den Rollen „Standesamt“ und „Betreiber des Registerverfahren“ zu unterscheiden.
- 4) Es werden bis auf weiteres aber keine Webservices zum Anstoßen der Aussonderung / zum Anstoßen der Löschung der ausgesonderten Registereinträge in XPSR aufgenommen, da die damit einhergehende Festlegung auf eine Steuerung durch das Fachverfahren die möglichen Nutzungsszenarien unnötig einschränkte.

c) Technische Quittung für die Übernahme ins Archiv

Die EG erörtert, zusätzlich zu dem Datenformat für die Aussonderung ein Datenformat für die technische Quittung Archiv an Betreiber des Registerverfahrens zu spezifizieren. Ziel ist, dass der Quittungsdatensatz vom Betreiber des Registerverfahrens eingelesen werden kann und so die erfolgreich durchgeführte Übernahme im Register vermerken kann, bzw. im Falle von Fehlern diese für die weitere Klärung technisch eindeutig identifizieren kann. Frau Eberlein sieht die Archive in der Lage, einen entsprechenden Quittungsdatensatz zu erzeugen.

- 5) Ein entsprechender Quittungsdatensatz soll in XPSR aufgenommen werden. Herr Poniewas wird einen entsprechenden Vorschlag zuliefern; Herr Weber wird diesen in die nächste Entwurfsfassung der Spezifikation übernehmen.

d) Anpassung der bestehenden Spezifikation/Modellierung:

- 6) Die aktuell noch nicht in XPSR aufgenommenen Punkte aus Nr. 7.2.3 PStG-VwV sollen in die Beschreibung der Übergabeniederschrift übernommen werden. Frau Eberlein liefert die entsprechenden Punkte zu.
- 7) Die Rechte zum Lesen von Einträgen mit Status „in Aussonderung“ sollen wie für den Status „Fortführungsfrist überschritten“ übernommen werden.
- 8) Ändernde Webservice sollen ebenfalls FortführungsfristÜberschritten werfen dürfen (im aktuellen Entwurf gilt dies nur für das Anfordern der Reservierung).

- 9) UnlockEintrag soll auch nach Ende der Fortführungsfrist möglich sein.
- 10) Für die Suchkriterien soll eine Modellierung gewählt werden, in welcher alle aktuellen und historischen Namen im Rückgrat-Datensatz für den Zweck der Suche aufgeführt werden, jeweils als Liste für die jeweilige Person. Herr Graser liefert zu
- 11) Stillgelegte Einträge sind nicht auszusondern. Die Spezifikation soll diesbezüglich klargestellt werden.
- 12) Aufnahme weiterer Angaben in Rückgrat-XML
 - TRegisterJahresInfo soll unverändert aufgenommen werden (die darin enthaltenen base64 kodierten PDF-Dokumente werden von der Archivseite ignoriert, sie werden weiterhin als separate Dokumente geliefert).
 - TAussonderungRegistereintrag um ein Element Uebersichtszeile ergänzt werden. Zudem soll der Datentyp wie folgt angepasst werden, damit eine eindeutige Zuordnung von Folgebeurkundungen und Hinweisen möglich ist:
 Typ TAussonderungRegistereintrag
 - Kindelement Einzeleintrag (Arbeitstitel) [1..n, lokaler Typ]
 - Kindelement Uebersichtszeile [1]
 - Kindlement Folgebeurkundung [0..1]
 - Hinweis [0..1]

e) Offene Punkte

- Anmerkung von Herrn Graser: Zur Überprüfung der erzeugten Dateien: Ist tatsächlich erneute Prüfung erforderlich? Oder ist es ausreichend wenn Konformität durch Standesamt (Registerverfahren) sichergestellt wird?
- Anmerkung von Herrn Kollmannsberger: Ist eine Anpassung des Betriebskonzeptes / der Einleitung erforderlich (vgl. Bearbeitung Hr. Kollmannsberger vom 23.10.14)?
- Anmerkung von Herrn Jancar, wie die Übergabe von elektronischen Registern und die Übergabe von Papierregistern zusammenspielen, insbesondere im Hinblick auf die Suchregister.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-02-25

Die Beschlüsse und Aufgaben aus der letzten Sitzung zum Thema Aussonderung (vgl. Bearbeitung vom 28.01.2015 wurde wie folgt in der XPSR-Spezifikation vom 25.02.2015 umgesetzt bzw. bearbeitet:

Zu 3) In den Kapitel 4.3.9 und 4.3.9.1 wird nun wieder zwischen den Rollen „Standesamt“ und „datenhaltende Stelle“ unterschieden. Die Abbildung 4.10 wurde ebenfalls entsprechend überarbeitet. Die in den Änderungen formulierten Aufgabenzuweisungen sind durch die Teilnehmer der EG zu prüfen.

Zu 4) Keine Anpassung erforderlich.

Zu 5) Der Vorschlag für eine technische Quittung über die Übernahme der Aussonderungsportion durch die Archive von Herr Poniewas wurde in den Kapiteln 6.12.4, 6.11.4 und 6.11.5 aufgenommen.

Der Entwurf der Quittung ist durch die Teilnehmer der Expertengruppe zu prüfen. Es ist m. E. auch zu überlegen, ob für die Quittung nicht Quittierungsmechnismen aus XInneres genutzt werden sollten.

Zu 6) In Kapitel 4.3.9.1 wurden die Inhalte der Übergabeniederschrift entsprechend der Zulieferung von Frau Eberlein um die Anforderungen aus der PStG-VwV Nr. 7.2.3 ergänzt.

Zu 7) Auf Einträge mit dem Status „in Aussonderung“ kann nun lesend zugegriffen werden. Dazu wurde

- Die „*AussonderungException*“ umbenannt in „*EintragAusgesondertException*“
- Die folgenden Webservices schmeißen diese Exception nur noch, wenn der angeforderte Eintrag erfolgreich ausgesondert wurde:
 - o GetRegisterEintrag (8.2.3)
 - o GetEintragUebersicht (8.2.9)
 - o GetEintrag (8.2.10)
 - o GetUrkundlTeil (8.2.12)
 - o GetHinweisTeil (8.2.13)
 - o GetRegisterEintragInNacherfassung (8.2.18)
 - o GetJahresInfo (8.2.20)
 - o GetEvidenceDokument (8.2.23)
 - o HasSperrvermerk (8.2.25)
 - o GetEintragStatus (8.2.27)
 - o GetRegisterEintragStillgelegt (8.2.31)
- Im Kapitel 4.3.9.2 wurde klargestellt, dass Einträge während der Aussonderung den Status „*FortfuehrungsfristUeberschritten*“ behalten.

Zu 8) Die folgenden schreibenden Webservices können nun die „*FortfuehrungsfristUeberschrittenException*“ werfen:

- UpdateEintrag (8.2.6)
- UpdateUrkundlTeil (8.2.7)
- UpdateHinweisTeil (8.2.8)
- InsertEintragNacherfassung (8.2.16)
- UpdateEintragStilllegung (8.2.30)

Zu 9) Der Webservice „*UnlockEintrag*“ kann nun auch für Einträge aufgerufen werden, deren Fortführungsfrist überschritten bzw. die sich im Prozess der Aussonderung befinden (vgl. Kapitel 8.2.5).

Zu 10) In Kapitel 6.11.1 wurde das Kindelement „*Suchbegriffe*“ entsprechend der Zulieferung von Herrn Graser überarbeitet. Im Rahmen der Übernahme wurde der Typ „*TSucheNamensInfo*“ in Kapitel 6.11.3 aufgenommen.

Der Entwurf der Suchbegriffe ist durch die Teilnehmer der Expertengruppe zu prüfen.

Zu 11) In Kapitel 4.3.9.2 wurde klargestellt, dass stillgelegte Einträge nicht Bestandteil der Aussonderungsportion sind.

Zu 12)

- In das globale Element „*AussonderungPortionInfo*“ wurde Angaben zur „*RegisterJahresInfo*“ übernommen (vgl. Kapitel 6.12.1 Kindelement „*Uebersicht*“).
- Der Typ „*TAussonderungRegistereintrag*“ wurde wie vorgeschlagen um die Übersichtszeilen ergänzt und die Modellierung angepasst (vgl. Kapitel 6.11.1)

Die vorgenommen Änderungen wurden der EG zur Bewertung und Prüfung im Umlauf vorgelegt.

Bearbeitet durch: KoSIT**Bearbeitet am: 2015-02-26**

Auf Wunsch der Archive wurde in Kapitel 2.1.4 die Behandlung von elektronischen Signaturen in der Aussonderung näher beschrieben.

Bearbeitet durch: Eberlein**Bearbeitet am: 2015-03-26**

Zum Protokoll der Expertengruppe XPSR vom 28.1.2015, S. 3 Nr. 2a "realistische Fristen für die Abholung und Prüfung der Aussonderungsportion" teile ich nach einem Gespräch mit den zuständigen Vertretern der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (Dr. Peter Worm) und der Archivreferentenkonferenz der Länder (Dr. Ragna Boden) mit:

Grundsätzlich sind hierbei die archivrechtlichen Voraussetzungen zu beachten. Die Frist für die Entscheidung über die Archivwürdigkeit einer angebotenen Aussonderungsportion liegt je nach Landesarchivgesetz zwischen 6 und 12 Monaten. In den fünf Bundesländern Brandenburg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gilt diese gesetzlich vorgeschriebene Frist ausdrücklich auch für den kommunalen Bereich. In den übrigen Bundesländern trifft der Gesetzgeber zum kommunalen Bereich keine Regelung, d.h. dort ist dies in den Kommunen selbst zu regeln.

Eine konkrete, in ganz Deutschland gültige Frist zur Übernahme der angebotenen Aussonderungsportionen durch die Archive kann vor dem Hintergrund der geschilderten Rechtslage derzeit nur auf 12 Monate festgesetzt werden. Abweichend davon ist in einzelnen Bundesländern eine sechsmonatige Frist denkbar.

Soll hier eine kürzere Frist angestrebt werden, wären zunächst die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Da die Archive Zeit für verschiedene Prüf- und Ingestprozesse benötigen, bevor sie eine Aussonderungsportion endgültig annehmen können, sollte diese Frist nicht weniger als 6 Monate betragen. In jedem Fall sollte bei einer Ablehnung der Aussonderungsportion, etwa aufgrund von technischen Fehlern, und erneuter Übermittlung einer korrigierten Aussonderungsportion, die Frist erneut beginnen.

Bearbeitet durch: QS-Instanz**Bearbeitet am: 2015-04-21**

Die QS-Instanz bestätigt den Auftrag des AK I auch nach erfolgter Prüfung der vorgetragenen Bedenken und bittet das EG in dem Sinne dieses Auftrages unter Berücksichtigung der von der QS-Instanz vorgenommenen Bewertungen seine Arbeit fortzusetzen.

Das Ergebnis der QS-Instanz wird in Form eines Zwischenberichts an den AK I verteilt (zur Kenntnisnahme), um die Länder auf den Regelungsbedarf aufmerksam zu machen.

Bearbeitet durch: KoSIT**Bearbeitet am: 2015-06-02**

Redaktionelle Verbesserungsvorschläge aus der Umlaufabstimmung vom 26. Februar sind übernommen worden. Darüber hinaus sind weitere Anmerkungen eingegangen bzw. in früheren Bearbeitungen offen geblieben. Diese wurden von der KoSIT wie folgt umgesetzt/beurteilt:

Rückmeldung aus dem Umlauf

- 1) Herr Kollmannsberger regt an, entsprechend Nr. 7.2.3 PStG-VwV die Übergabeniederschrift um technische und organisatorische Angaben zur elektronischen Sicherung und Verwaltung der Daten zu erweitern. Frau Eberlein sieht diese Anforderung der PStG-VwV durch die bestehenden Inhalte der Übergabeniederschrift bereits erfüllt. Gemäß fernmündlicher Abstimmung kann Herr Kollmannsberger sich der Sichtweise von Frau Eberlein anschließen.

Änderung: Keine

- 2) Herr Kollmannsberger vertritt die Auffassung, dass das Standesamt auch nach Ende der Fortführungsfrist das Recht hat, die entsprechenden Einträge im Register einzusehen. Dieser Auffassung wird nicht widersprochen.
Änderung: Kapitel 4.3.9.2
- 3) Herr Kollmannsberger wirft die Frage auf, ob alle im Personenstandsregister enthaltenen vorherigen Namen in Such-Datentypen der Aussonderung aufzunehmen sind (also bspw. auch die fehlerhaften Namen vor einer Berichtigung oder die Namen vor einer Adoption). Frau Eberlein spricht sich dafür aus, alle im Personenstandsregister enthaltenen Namen in die Such-Datentypen aufzunehmen, sofern keine rechtlichen Bedenken gegen dieses Vorgehen bestehen. In fernmündlicher Abstimmung mit Herrn Kollmannsberger wurden keine solchen Bedenken geltend gemacht.
Änderung: Klarstellungen in Kapitel 6.11.1.2 aufgenommen
- 4) Herr Kollmannsberger wirft die Frage auf, ob in Kapitel 6.11.1.3.3 das Kindelement „HinweisTeilld“ als Pflichtangabe modelliert werden könne, wo es nach § 18 Abs. 2 PStV einer Hinweis-Folgenummer nicht zwingend bedarf. Frau Eberlein stellt klar, dass die XPSR-Spezifikation die Existenz einer solchen faktisch zwingend voraussetzt, so dass die Modellierung als Pflichtangabe angezeigt ist. Die KoSIT unterstützt diese Aussage.
Änderung: Keine
- 5) Herr Zimmermann wirft die Frage auf, wie mit dem Protokoll über die Wiederherstellung von in Verlust geratenen Personenstandsregistern umgegangen werden soll. Die KoSIT schlägt vor, dieser als PDF/A in die Aussonderungsportion aufzunehmen.
Änderung: Kapitel 4.3.9.2 Ziffer 7 und Kapitel 6.12.1.20
- 6) Nach Ablauf der Sperrfrist ist ein Sperrvermerk zu löschen (64.1.3 PStG-VwV). Herr Zimmermann wirft die Frage auf, ob bei Überschreitung der Fortführungsfrist hierfür das Archiv zuständig ist. Da Sperrvermerke nicht Bestandteil des Registereintrags sind, sondern gemäß Anlage 1 PStV nur „Registerverfahrens-systemseitig“ zur Verfügung stehen, werden Sperrvermerke nach derzeitiger Modellierung nicht an die Archive ausgesondert.
Änderung: Keine
- 7) Herr Graser regt in einem fernmündlichen Gespräch an in XPSR festzulegen, auch in den Fällen für einen Registerjahrgang eine Aussonderungsportion zu erstellen, in denen keine Einträge im elektronischen Register gespeichert sind. Auf diese Weise können sich die zuständigen Archive sicher sein, dass alle (auf Papier und elektronisch geführten) Registereinträge übergeben wurden.
Änderung: Kapitel 4.3.9.1 Ziffer 1

Rückmeldung zur Quittung

- 8) Herr Jancar hält eine Positivliste aller durch die Archive übernommenen Einträge für erforderlich. Nur mit einer solchen Positivliste könnte das Standesamt sicher sein, dass alle Einträge tatsächlich durch das/die Archive übernommen worden sind. Es werden keine Einwände gegen diesen Vorschlag geltend gemacht.
Änderung: Erweiterung der Quittung (vgl. Kapitel 6.12.4.5).
- 9) Herr Jancar hält es für erforderlich, statt eines Dateinamens einen fachlichen Schlüssel für die Identifizierung eines quitierten Objektes zu verwenden. Frau Eberlein hält die Identifizierung anhand eines Dateinamens für angebracht, da die Archive Prüfungen im Wesentlichen auf Datei-Ebene durchführen werden. In der aktuellen Modellierung wurde daher die Angabe eines Dateinamens beibehalten, der jedoch nur im Fall von fehlerhaften Registereintragsdateien angegeben werden kann (vgl. Kapitel 6.12.4.5). Hier ist mit der EintragsId jeweils zusätzlich ein fachlicher Schlüssel enthalten.
Änderung: Keine

- 10) Nach Aussage von Frau Eberlein, können die Archive zum jetzigen Zeitpunkt eine Quittung - etwa in XML-Form oder in tabellarischer Form - entgegennehmen, die Ergebnisse ihrer Prüfung(en) darin vermerken und diese dem Standesamt in elektronischer Form zustellen. Sie können eine solche Quittung allerdings nicht von sich aus zu erzeugen, sodass ihnen eine Quittungsvorlage zusammen mit der Aussonderungsportion zugehen müsste.
Änderung: Kapitel 4.3.9.1 Schritt 2 und 3 sowie Kapitel 6.12.4
- 11) Frau Eberlein hält die Nutzung einer Quittungsnachricht aus XInneres aufgrund der heterogenen Ausstattung der Archive für problematisch. Die KoSIT schließt sich dieser Sichtweise an.
Änderung: Keine
- 12) Frau Eberlein regt an, dass die Archive generell auftretende Fehler nicht einmal pro Registereintrag, sondern nur einmal für eine Aussonderungsportion protokollieren müssen. Außerdem soll es möglich sein, eine Aussonderungsportion als Ganzes zu bestätigen, ohne jeden einzelnen Registereintrag zu bestätigen.
Änderung: Kapitel 6.12.4
- 13) Frau Eberlein hält es für erforderlich klarzustellen, dass auch bei Zurückweisung einzelner fehlerhafter Registereinträge immer der gesamte Registerjahrgang erneut an die Archive zu übermitteln ist.
Änderung: Kapitel 4.3.9.1 Schritt 3

Offene Punkte aus der Bearbeitung vom 2015-01-28:

- 14) Herr Graser wirft die Frage auf, ob es tatsächlich erforderlich ist, dass das Registerverfahren die im Zuge der Aussonderung erzeugten Dateien erneut überprüft (vgl. 4.3.9.2) und die erfolgreiche Überprüfung in der Übergabeniederschrift bestätigt (vgl. 4.3.9.1 Schritt 1). Er hält es für ausreichend und in der Umsetzung für weniger aufwändig, wenn in XPSR gefordert wird, dass die Konformität durch Registerverfahren sichergestellt wird.
Vorgehen: Diese Frage wird der EG im Umlauf vor der EG15-02 vorgelegt.
- 15) Der von Herr Kollmannsberger zitierte Satz, dass der XÖV-Standard keinerlei Vorgaben macht, wie Personenstandsdaten im Register gehalten werden bzw. außerhalb des Registers im Fachverfahren verarbeitet werden (vgl. Kapitel 1.1.1 Satz 3) ist tatsächlich etwas missverständlich und sollte daher gestrichen werden. Eine Anpassung des Betriebskonzeptes ist vor dem Hintergrund des gemeinsamen Betriebs auf Basis eines einheitlichen Betriebskonzeptes aller Fachstandards der IMK ab dem Jahr 2016 m. E. obsolet.
Änderung: Kapitel 1.1.1
- 16) Herr Jancar deutet an, dass es bei der Übergabe von elektronischen Registern und von Papierregistern ggf. weiteren Regelungsbedarf in XPSR geben könnte, insbesondere im Hinblick auf die Suchregister.
Vorgehen: Diese Frage wird der EG im Umlauf vor der EG15-02 vorgelegt.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-06-03

Die Änderungen wurden dem EG im Umlauf vorgelegt. Außerdem wurden folgende Fragen mit der Bitte um Stellungnahme formuliert:

1. Herr Graser hatte in der Januar-Sitzung die Frage aufgeworfen, ob es tatsächlich erforderlich ist, dass das Registerverfahren die im Zuge der Aussonderung erzeugten Dateien erneut überprüft (vgl. 4.3.9.2) und die erfolgreiche Überprüfung in der Übergabeniederschrift bestätigt wird (vgl. 4.3.9.1 Schritt 1). Er hält es für ausreichend und in der Umsetzung für weniger aufwändig, wenn in XPSR gefordert wird, dass die Konformität durch das Registerverfahren sichergestellt wird und dies in der

Übergabeniederschrift bestätigt wird. Sollten Sie gegen diese Sichtweise Bedenken haben, möchte ich Sie bitten diese darzustellen.

2. Ebenfalls in der Januar-Sitzung war angedeutet worden, dass es bei der parallelen Übergabe von elektronischen und Papierregistern ggf. weiteren Regelungsbedarf in XPSR geben könnte, insbesondere im Hinblick auf die Suchregister. Sollten Sie diesbezüglich weiteren konkreten Regelungsbedarf sehen, möchte ich Sie bitten diesen zu skizzieren.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-06-10

Folgende Rückmeldungen gingen aus der Umlaufbefassung vom 3.6.15 ein:

Herr Kollmannsberger plädiert dafür den folgenden Satz aus dem Abschlussbericht in die Spezifikation zu übernehmen: „*Die Nutzung vom Standard XPersonenstandsregister für die Aussonderung von Registereinträgen an die Archive ist zwar rechtlich nicht verbindlich vorgegeben, sorgt jedoch für ein bundesweit einheitliches Vorgehen.*“

Frau Barghi nimmt zu den Fragen aus der Umlaufbefassung wie folgt Stellung:

- Zu 1) Wir schließen uns Herrn Grasers Vorschlag an. Eine erneute Überprüfung der bei der Aussonderung erzeugten Dateien halten wir nicht für nötig.
- Zu 2) Wir sehen hier derzeit keinen weiteren Regelungsbedarf

Herr Fischer ist mit den eingeführten Änderungen einverstanden. Er beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Aus archivischer Sicht sind die erzeugten XML-Dateien (also die Aussonderungsportion) auf jeden Fall einer Überprüfung durch die datenhaltende Stelle (=Betreiber des Registerverfahrens) zu unterziehen. Es geht darum, zu prüfen, ob die Aussonderungsportion mit dem XML-Schema für die Aussonderung konform sind, NICHT darum, ob die im Registerverfahren einstmals abgelegten XML-Daten mit dem damaligen XPSR-Schema konform sind. Nur wenn diese Konformitätsprüfung positiv abgeschlossen wird, können die Archive die rechtliche Verantwortung für die übernommenen Aussonderungsportionen übernehmen.
2. Die Absprache zur Frage der Suchregister mit dem hiesigen Standesamt konnte noch nicht abgeschlossen werden. Eventuelle Rückmeldungen werde ich zur Sitzung nachreichen.

Auch nach Rücksprache mit Frau Eberlein besteht beim Punkt 7 der „Rückmeldungen aus dem Umlauf“ (S. 20 des Dokumentes CR-2013-5_Aussonderung) noch Rücksprachebedarf. Hier hatte Herr Graser die Erstellung von ggf. leeren Aussonderungsportionen für einen jeden Registerjahrgang vorgeschlagen, um für die Archive sicher zu stellen, dass tatsächlich alle zu übergebenden Registereinträge tatsächlich übergeben wurden.

Hierzu schlage ich zur Vereinfachung vor: Auf die Erstellung von leeren Aussonderungsportionen wird verzichtet, übergeben wird lediglich eine Übergabeniederschrift. In dieser wird bei der Anzahl der Einträge (vierter Spiegelpunkt) vermerkt, dass keine Einträge übergeben wurden. Dies kann dann auch durch das empfangende Archiv quittiert werden.

Bearbeitet durch: EG XPSR

Bearbeitet am: 2015-06-10

1. Erörterung der Frage, ob es im Zuge der Aussonderung erforderlich ist, dass das Registerverfahren die erzeugten Dateien erneut prüft, oder ob es ausreichend ist, wenn das Registerverfahren die Konformität auf anderem Wege sicherstellt: Es wird deutlich, dass an dieser Stelle zu differenzieren ist zwischen den Dateien der auszusondernden

Registereinträgen und der „Rückgrat-Datei“ (Instanz des Elements AussonderungPortionInfo).

Die „Rückgrat-Datei“ soll aktiv auf Konformität gegen das XPSR-Schema geprüft werden. Für die einzelnen XML-Dateien der Portion ist dies nicht erforderlich.

2. Erörterung der Frage, ob es weiteren Regelungsbedarf in XPSR bzgl. der parallelen Aussonderung von Papier- und elektronischen Registern gibt (insb. im Hinblick auf Suchregister): Es besteht Konsens darüber, dass die Übergabe von Büchern nicht Gegenstand von XSPR ist. Es besteht kein Regelungsbedarf in XPSR.
3. Erörterung der Frage, ob für Jahrgänge ohne elektronische Einträge die Erstellung und Quittierung einer leeren elektronischen Aussonderungsportion erforderlich ist – hierzu werden vier Varianten gegenübergestellt:
 - Variante A: einheitliches elektronisches Verfahren mit ggf. leeren Rückgrat-Dokumenten
 - Variante B: kein elektronisches Verfahren für Registerjahrgänge ohne elektronische Einträge; statt dessen ein ergänzender Vermerk „keine elektronischen Einträge vorhanden“ auf der Übergabeniederschrift der Papier-Bücher
 - Variante C: Nur die in XPSR beschriebene Übergabeniederschrift für die elektronische Aussonderung wird übergeben, aber keine (leere) Aussonderungsportion und keine Quittung; diese Vorgehensweise wird in XPSR beschrieben.
 - Variante D: Das Standesamt führt den in XPSR beschriebenen Prozess im Falle eines Jahrgangs ohne elektronische Registereinträge gar nicht aus, sondern teilt der für die Archivierung der elektronischen Dokumente zuständige Stelle auf anderem Wege mit, dass es für diesen Registerjahrgang keine Aussonderung elektronischer Dokumente anbietet. Eine gesonderte XPSR-Regelung für den Fall eines leeren elektronischen Registerjahrgangs gibt es in dieser Variante nicht.

Problem von Variante B: Je nach Land können die elektronischen und die Papiereinträge an verschiedene Empfänger gehen. Ein ergänzender Vermerk der Übergabeniederschrift für die Papierbücher erreicht in diesen Fällen unter Umständen nicht die zuständige Stelle.

Problem von Variante B: In diesem Fall müsste der Prozess in XPSR um eine Sonderregelung ergänzt werden, welche in die Aussonderung von Papierbüchern eingreift. Dies wäre aus Sicht von XPSR übergreifend.

Vorteil von Variante D: Aktuell würde der große Anteil an Leermittelungen unverhältnismäßigen Aufwand erzeugen. Es erscheint aber sinnvoll, Leermittelungen auch technisch verbindlich zu machen, sobald die elektronische Aussonderung die Regel ist. Mit Variante D erlaubt XPSR beide Vorgehensweisen.

Variante D soll umgesetzt werden (keine gesonderte Regelung für leere Jahrgänge in XPSR; bestehende Aussage dazu streichen).

Anmerkung: Beschluss fällt in Abwesenheit Herrn Fischers, der vorzeitig abreisen muss.

Die oben dargestellten Beschlüsse der EG werden umgesetzt und dem EG im Umlauf zur abschließenden Begutachtung vorgelegt. Im Anschluss daran, wird dem AK I zusammen mit dem Bericht ein entsprechender Ausschnitt aus XPSR vorgelegt.

Bearbeitet durch: KoSIT (HW)

Bearbeitet am: 2015-06-24

Die Beschlüsse der EG XPSR vom 10. Juni wurden wie folgt umgesetzt:

Zu 1)

In den Absätzen zur Konformitätsprüfung wurde klargestellt, dass nur die „Rückgrat-XML“ auf Schemakonformität zu prüfen ist (vgl. Kapitel 4.3.9.1, Ziffer 1, vorletzter Strichpunkt und Kapitel 4.3.9.2 letzter Absatz).

Zu 3)

- In der Prozessbeschreibung zum Erstellen einer Aussonderungsportion (vgl. Kapitel 4.3.9.1, Ziffer 1, letzter Absatz) wurde die Klarstellung aufgenommen, dass im Fall von leeren Registerjahrgängen der in XPSR definierte Prozess nicht angestoßen wird, sondern das Standesamt die Archive auf anderem Wege informiert.
- Eine bestehende, anderslautende Regelung in XPSR zum Umgang mit leeren Registerjahrgängen wurde nicht gefunden und entsprechend auch nicht gelöscht.
- Die Kardinalitäten der Kindelemente „*Registereintrag*“ in „*AussonderungPortionInfo*“ bzw. „*StatusRegistereintrag*“ in „*AussonderungPortionQuittung*“ wurden auf 1..* geändert.

In Kapitel 4.3.9 wurde die Klarstellung aus dem AKI-Berichtsentwurf übernommen, dass die Aussonderung über XPSR nicht verbindlich ist, sondern nur empfohlen wird.

Bearbeitet durch: Hr. Zimmermann / KoSIT

Bearbeitet am: 2015-07-01

Der Abschlussbericht wurde fernmündlich abgestimmt und um den Aspekt der datenschutzrechtlichen Abnahme ergänzt.

Außerdem wurde gemeinsam sichergestellt, dass alle offenen Punkte aus der Zulieferung von Herrn Zimmermann und Herrn Kollmannsberger im Anschluss an EG15-01 in der aktuellen Entwurfsfassung von XPSR berücksichtigt sind.

Bearbeitet durch: EG

Bearbeitet am: 2015-07-01

Der vorgelegten Entwurfsfassung wurde nicht widersprochen, lediglich redaktionelle Änderungen wurden angeregt.

Bearbeitet durch: KoSIT (HW)

Bearbeitet am: 2015-07-02

Der AK I wurde um Umlaufbeschluss gebeten. Der abgestimmte Berichtsentwurf (vgl. Anlage 3) wurde beigelegt.

Bearbeitet durch: KoSIT (HW)

Bearbeitet am: 2015-07-21

**Der Arbeitskreis I
hat am 21.07.15 im Umlaufverfahren folgenden Beschluss gefasst:**

1. Der AK I nimmt den Abschlussbericht "Aussonderung der elektronischen Personenstandseinträge an die Archive mittels XPersonenstandsregister" (Stand: 02.07.15) zur Kenntnis.
2. Er stimmt der Veröffentlichung der in Anlage 1 zum Abschlussbericht vorgelegten Ergebnisse im Rahmen der Version 1.8 von XPersonenstandsregister zu.